

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Deutschnationale Fürstentronentitel.

Abgeordnete als Vertraute der Millionenschlucker.

Der Rechtsausschuss des Reichstages setzte heute die Generaldebatte über die Fürstentronentitel fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Dr. Rosenfeld: Ich bin gezwungen, auf die Zusammenkünfte deutschnationaler Abgeordneter mit Vertretern von Fürstentronen zurückzukommen. Es ist zwar nicht richtig, daß eine solche Zusammenkunft im Restaurant von Hiller stattgefunden, wohl aber im Restaurant von Töpfer. Dabei haben teilgenommen ein juristischer Berater der Hohenzollern sowie die deutschnationalen Abgeordneten Hochsch und Barth, ferner Dr. Brodt von der Wirtschaftspartei. Die Erklärungen des Abg. Barth in der vorigen Sitzung, durch die der Eindruck erweckt wurde, als ob solche Besprechungen überhaupt nicht stattgefunden haben, sind also irreführend. Es steht jetzt fest, daß diese Herren uns in der vorigen Sitzung eine Erklärung abgegeben haben, die nur dem Buchstaben nach richtig, tatsächlich aber falsch war.

Vor. Kahl: Es muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob Abgeordnete das Recht beschränkt werden kann, mit irgend jemandem Rücksprache zu nehmen. Ich würde mir das Recht nicht nehmen lassen, sei es, daß es sich um Fürsten oder andere handelt. Gerade Dr. Rosenfeld müßte Verständnis dafür haben, daß man die persönliche Freiheit der Abgeordneten nicht einschränken darf.

Dr. Barth (Dnat.): Ich weise es als ungeheure Annahme zurück (Vor. Kahl: Ich bitte, solche Ausdrücke zu unterlassen), wenn Dr. Rosenfeld glaubt, mit Bezug auf unferne gesellschaftlichen Verkehr Auskunft verlangen zu dürfen. Ich werde auf solche Anzuspinnungen nicht mehr antworten.

Abg. Neubauer (Komm.): Die Erklärung der Deutschnationalen in der vorigen Sitzung hat den Eindruck hervorzurufen sollen und hervorzurufen müssen, daß sie mit Fürstentronen nicht verhandelt haben. Sei haben diese Tatsache in ähnlicher Weise zu verschleiern versucht, wie Dr. Everling seine rechtsanwaltlichen Beziehungen.

Vor. Kahl: Wir dürfen uns nicht mit Kleinigkeiten beschäftigen, die nicht zur Sache gehören.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Die Sache ist durchaus nicht harmlos. Sie berührt die elementarsten Pflichten eines Volksvertreters. Denn in diesem Ausschuss ringen die Interessen des deutschen Volkes mit den materiellen Interessen der Fürsten. Jeder Vertreter des Volkes sollte es nur die eine Aufgabe geben, die Interessen des Volkes gegen die Fürsten wahrzunehmen. Die deutschnationalen Herren fühlen auch selbst sehr wohl, daß ihre Haltung nicht einwandfrei ist. Sonst hätten sie nicht in der vorigen Sitzung sorgsam verborgen, was jetzt herausgekommen ist. Sie fühlten sich selbst ertappt auf Wegen, die ein Volksvertreter nicht wandeln darf. Wir werden auf die Sache später zurückkommen.

Dr. Barth (Dnat.): Ich sage nichts mehr, weil ich den früheren Erklärungen nichts hinzuzufügen habe.

Der Ausschuss tritt darauf in die Generaldebatte ein, in welcher Abg. Everling das Wort erhält.

Der Ausschuss habe bisher nur ganz einseitiges Material erhalten. Dr. Rosenfeld habe seinerzeit als preussischer Justizminister auch dem preussischen Hausministerium mitgeteilt, das Privateigentum der Hohenzollern an Dels werde nicht bestreiten, während Dr. Rosenfeld jetzt die gegenteilige Meinung vertritt. Der frühere sozialdemokratische Minister Heine habe als Rechtsvertreter des mediaburgischen Großherzogshauses ausgeführt, das Privateigentum der Fürsten müsse unangefastet bleiben und man müsse sich klar machen, daß ein Großherzog, auch wenn er regiert, andere Mittel zur Verfügung haben muß als ein anderer Erbprinz. — Dr. Everling ging dann auf das im Ausschuss bisher vorgebrachte Material ein. Die sogenannte Tatbestandsaufnahme sei wertlos, da nirgends festgestellt sei, was von dem Privateigentum der Fürstentronen an die Länder übergegangen

sei, sondern stets nur die Bruchteile, die ihnen verblieben und die Beträge, die sie als bruchteilweisen Wertersatz für das Enteignete erhalten hätten. Das vollständige Material habe er vom Reichsministerium des Innern trotz viermaliger Aufforderung nicht erhalten.

Der ursprüngliche demokratische Antrag mache in dem Streit eine Partei, nämlich die Landesregierungen, selbst zum Richter. Auch der Kompromißentwurf verleihe wichtige Verfassungsgrundsätze. Der Kreis der in ihren Rechten Beeinträchtigten werde in diesem Entwurf immer weiter gezogen. Wenn er sich jetzt schon auf die mediaburgischen Häuser ausdehne, so sei damit zu rechnen, daß bald auch das Vermögen der Kirche der Enteignung preisgegeben werde. Die Fassung des Entwurfes lasse in vielen Punkten die weitestgehende Auslegung zu. An die Unterzeichner des Kompromißentwurfes müßten die Fragen gerichtet werden: 1. Bleibt das Privateigentum erhalten? 2. Bleiben rechtskräftige Entscheidungen bestehen? 3. Bleibt die Rechtsgleichheit soweit gewahrt, daß man kein Sonder-Auswertungsrecht schafft?

Der nächste Redner, Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.), lehnte es ab, die Auseinandersetzung über die Richtigkeit des in den Abfindungslisten vorgebrachten Materials fortzusetzen. Das sei Sache des einzusetzenden Sondergerichts. Der Redner sprach sein Bedauern aus über die Tonart eines Blattes, mit dem die Leipziger Sozialdemokraten zu Versammlungen über die Abfindungsfrage eingeladen haben. Mit agitatorischen, unwarahren Phrasen solcher Art werde die sachliche Zusammenarbeit der Parteien in dieser schwierigen Frage sehr erschwert. Dagegen sei absolut nichts einzusetzen, wenn Parlamentarier sich die Argumente eines Rechtsvertreters der Fürstentronen ebenso wie die anderer Interessentenvertreter anhören.

Die Enteignungsanträge müsse die Deutsche Volkspartei ablehnen, weil sie für die Aufrechterhaltung des Privateigentums eintritt. Es würde auch höchst unglücklich sein, die Mitglieder der Fürstentronen aller Existenzmittel zu berauben. (Abg. Frau Pfaff (Soz.): Sie sollen natürlich Renten bekommen wie andere.) Das ist in dem Enteignungsentwurf nicht einmal gesagt. Gegen diesen Entwurf wie gegen den ersten demokratischen Antrag ist zu sagen, daß sie mit der Verfassung nicht vereinbar sind. Wäre gleich bei der Revolution die Enteignung der Fürstentronen ausgesprochen worden, so hätte man sich damit als Revolutionsrecht abfinden können. Das ist nicht geschehen und seit August 1919 haben wir die Weimarer Verfassung.

Volksbegehren — Volksentscheid.

Keine gemeinsamen Sammelisten!

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben: Der Parteivorstand hat alle Parteibezirke aufgefordert, eigene Sammelisten zum Volksbegehren und Volksentscheid herauszugeben. Die kommunistische Partei hat zentral Listen anfertigen lassen mit rotem Druck. Diese Listen erwecken den Anschein, als seien sie gemeinschaftlich hergestellt. Es ist in besonderem Druck auffällig hervorgehoben, daß ein Gesetzentwurf von der kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei eingereicht worden sei. Weiter heißt es auf den Sammelisten, daß diese an die Ausgabestelle zurückgegeben und dem Zentralkomitee zur Nachprüfung eingereicht werden müssen. Dazu erklären wir, daß wir kein gemeinschaftliches Zentralkomitee gebildet haben und daß der Name „Zentralkomitee“ ein Beweis für die Irreführung ist.

Der Parteivorstand hat den Bezirken die Anfertigung der Listen überlassen und fordert die Listen nicht zur Nachkontrolle ein. Das ist Sache der Parteibezirke. Bei den nummerierten Listen mit rotem Druck, von den Kommunisten ausgegeben, handelt es sich um eine Sammlung der kommunistischen Partei, nicht um eine gemeinsame Sammlung! Wir bitten unsere Freunde und Anhänger, darauf Rücksicht zu nehmen.

Mussolini beschwichtigt.

Rom, 11. Februar. (W.B.) „Agenzia Volca“ erklärt zu den Nachrichten bezüglich des italienischen Botchafters und des italienischen Botschafters in Berlin zu der Mitteilung ermächtigt zu sein, daß die Abwesenheit dieser beiden Herren nicht mit den Komplikationen der letzten beiden Tage zusammenhängt.

Reichswehr und „Vaterländische.“

Im Haushaltsausschuss des Reichstages.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte heute unter dem Vorsitz des Abg. Heimann (Soz.) die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichswehrministeriums 1926 fort.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.): Der Kampf um die Politisierung des Heeres werde geführt, solange es ein Heer gibt; aber er ist unsicher. Das Volk muß die Arme, die Arme das Volk begreifen. Die Stellung des Reichswehrministers zu den vaterländischen Verbänden werde deren inneren Wert nicht gerecht. Es sei eine geistige Bewegung und nicht nur eine militärische (Minister Dr. Gehler: Ich habe nur über das Militärische gesprochen!). Der Redner schließt, je geschlossener der Etat verabschiedet werde, je fester sei es. Der Redner verweist noch auf den Empfang unserer Marine im Zustande.

Abg. v. Ramlin (Döfl.) knüpft an eine Aeußerung des Ministers an, daß die Idee der schwarzen Reichswehr aus den Kreisen seiner (Ramlin's) Partei stamme. Die Republikaner seien undankbar, denn ohne diese vaterländischen Verbände gäbe es heute vermutlich kein Deutsches Reich mehr. Wenn den vaterländischen Verbänden Soldatenpielererei vorgeworfen werde, so könne heute unsere kleine mangelhaft ausgerüstete Reichswehr auch nichts anderes tun. Redner ermahnt die anderen Parteien, sich nicht immer hinter den Abgeordneten Ludendorff und von Graefe zu verstecken, und die Herren doch lieber unerwähnt zu lassen.

Sozialpolitische Experimente.

Der Abbau im ReichsKnappschaftsgesetz.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über Abänderung des ReichsKnappschaftsgesetzes nach der ersten Beratung im Plenum dem Sozialen Ausschuss überwiesen, der seit längerem darüber berät. Daß es im Kampf um den Ausbau der Sozialversicherung für die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues der Anspannung aller Kräfte bedarf, braucht nicht besonders betont zu werden. Auf der Gegenseite steht die deutsche Schwerindustrie, die gewohnt ist, rücksichtslos vorzugehen. Sie ist auch gewohnt, daß die Regierung nach ihrer Pfeife tanzt. Die Regierung versucht das schamhaft zu verschleiern, indem sie in der Begründung zu ihrem Gesetzentwurf erklärt, daß dieser einen Ausgleich zwischen den sozialen Bedürfnissen der Bergarbeiter und ihrer Familien einerseits und den berechtigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Bergbaues andererseits herbeiführen will.

Bei der Novellierung des ReichsKnappschaftsgesetzes handelt es sich vorwiegend um drei Fragen: Ausbau der Versicherungsleistungen, Aufbringung der Mittel und Ausbau der Selbstverwaltung.

Die Notwendigkeit der obligatorischen Einführung der Familienhilfe wird allgemein anerkannt; auch in der Novelle ist sie vorgezogen. In der ersten Beratung des Gesetzentwurfes hat der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Januschek, an Hand von ärztlichen Gutachten gezeigt, welche verheerenden gesundheitlichen Folgen die Verweigerung der Einführung der Familienhilfe als freiwillige Mehrleistung durch die Unternehmer gehabt hat. In einem dieser ärztlichen Gutachten heißt es, daß infolge des Versagens der Familienhilfe der Arzt nur zur Ausstellung des Totenscheines oder in ganz schwierigen Fällen geholt wird. Ausgestellte Rezepte werden trotzdem in der Apotheke meist nicht vorgelegt, weil kein Geld zur Bezahlung vorhanden ist.

Daß solche entsetzlichen Zustände eintreten konnten, ist auch die Schuld des Reichsarbeitsministeriums. Die Verweigerung der Familienhilfe sollte die Arbeiter und Angestellten veranlassen, in den von den Unternehmern gewünschten Abbau der Altersrenten einzuwilligen. Wenn jetzt die Familienhilfe als Pflichtleistung eingeführt wird, so ist das nur die Wiederherstellung eines bereits früher vorhanden gewesenen Zustandes.

Vor Schaffung des ReichsKnappschaftsgesetzes hat die Familienhilfe als freiwillige Mehrleistung immer bestanden und der Gesetzgeber hat selbstverständlich angenommen, daß an diesem Zustande nichts geändert würde. Sonst wäre bereits bei Verabschiedung des ReichsKnappschaftsgesetzes die obligatorische Einführung der Familienhilfe erfolgt. Heute demutet die Reichsregierung die von ihr vorgeschlagene obligatorische Einführung der Familienhilfe, um besonders den Abbau der Altersrente und eine Verschlechterung der Bestimmungen über die gleitende Pensionsrente zu fordern. Deshalb wurde auch die Einführung der Familienhilfe als freiwillige Mehrleistung mit allen Mitteln verhindert.

Wie trivial die Verweigerung der Einführung der Familienhilfe als freiwillige Mehrleistung war, geht wohl aus der Tatsache hervor, daß die Mehraufwendungen dafür von sachverständiger Seite auf 12 Millionen Mark im Jahr geschätzt werden. Wegen dieses im Grunde genommen geringfügigen Betrages hat man die Familienangehörigen den größten gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt! Man kann unmöglich behaupten, daß die Aufbringung dieser 12 Millionen den Zusammenbruch des Bergbaues zur Folge gehabt hätte.

Die Mehraufwendungen für die Familienhilfe sollen eingesparrt werden besonders auf Kosten der Altersrenten. Nun haben aber die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat und die Vernehmung von Sachverständigen mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß diese Rechnung falsch ist.

Im September 1925 belief sich die Zahl der Alterspensionäre im ReichsKnappschaftsverein auf 31 223; die Gesamtbelastung im September betrug für Alterspensionen 2 392 200 Mark. Unter diesen Alterspensionären befindet sich jedoch eine sehr große Zahl von Invaliden. Würde man die in der Novelle geforderte Erhöhung der Altersgrenze für die Altersrentenempfänger von 50 auf 55 Jahre vornehmen, so wäre nach den Angaben des langjährigen Versicherungsmathematiker der Ruhrknappschaft, Dr. Zimmermann, die Einsparung ganz unerheblich. Der größte BezirksKnappschaftsverein ist die Ruhrknappschaft; sie weist deshalb auch die größte Zahl der Alterspensionäre, nämlich 24 436 auf. Bei diesem BezirksKnappschaftsverein wäre nach den Angaben von Dr. Zimmermann die Folge der Heraufhebung der Lebensaltersgrenze auf das 55. Lebensjahr, daß 60 Proz. an Stelle der Alterspension die Invalidenpension beziehen würden, weil sie, ohne 55 Jahre alt zu sein, berufsunfähig sind; 20 Proz. würden die Alterspension weiter beziehen, weil sie das 55. Lebensjahr überschritten haben und 20 Proz. würden ausfallen.

Daraus ergibt sich, daß einmal der größte Teil der Alterspensionäre keine wirklichen Altersrentner, sondern Invaliden sind. Die Novelle fordert nun die Heraufhebung des Lebensalters auf das 55. Jahr und die Herabsetzung der Alterspension auf 60 Proz. der erdienten Invalidenpension, die mit jedem Jahr einer späteren Beantragung sich um 4 Proz. steigert, so daß nach weiteren zehn Jahren, also mit dem 65. Lebensjahr, die volle Invalidenpension erreicht ist.

Der Weltkrieg 1923.

Capello konferierte mit Cramon.

Herr A. Stein (nicht Zimmermann), der gestern im „Tag“ die Geheimnisse des vorübergegangenen Weltkriegs von 1923 enthüllte, gibt in der „Niederdeutschen Zeitung“ nähere Einzelheiten über diese abenteuerliche Angelegenheit. Er teilt dort mit, daß General Capello, angeblich als Beauftragter Mussolinis, sein Bündnisangebot an den deutschen Generalleutnant v. Cramon gerichtet habe. Durch ihn sollen dann auch die „Regierenden“ unterrichtet worden sein, die aber — „zogen bedenkliche Gesichter“, womit Herr Stein sehr unzufrieden ist. Er nennt sie — Cuno? Rosenberg? — deshalb „Pazifisten, Antimilitaristen und ähnliche Trottel.“

General Capello hauste im Jahre 1923 in Neubabelsberg bei Berlin. Er galt damals als Emisсар des Faschismus und verkehrte viel mit rechtsradikalen Kreisen. Der „Vorwärts“ hatte seinerzeit diese interessanten Beziehungen aufgedeckt. Der General ging dann später in seine Heimat zurück. Seit einigen Monaten befindet er sich in Haft, wegen angeblicher Beteiligung an dem angeblichen „Attentat“ Zanibonis gegen Mussolini.

General Capello wird nicht reden, dafür dürfte gesorgt sein. Aber der Generalleutnant v. Cramon ist ja noch da. Und wenn er tatsächlich, wozu er verpflichtet war, der Regierung Mitteilungen über Capellos Bündnisangebot gemacht hat, muß es auch sonst Mitwisser geben!

Vielleicht interessiert sich der Auswärtige Ausschuss einmal für diese Angelegenheit.

Die Reichsbahn provoziert.

Eine Rede des Staatssekretärs Stieler.

Staatssekretär Stieler, der dem Direktorium der Reichsbahn-Gesellschaft angehört und als solcher zu den hervorragendsten Reparationsgewinnern der Reichsbahn-Gesellschaft zu zählen ist, hielt gestern in Stuttgart eine Rede, und zwar in einem „engeren Kreise geladener Persönlichkeiten“. Nach dem Bericht, den das Wolff-Bureau darüber veröffentlicht, jagte Herr Stieler insbesondere:

„Die Hauptgefahr des Parlamentarismus für die Reichsbahn läge auf dem Gebiet des Tarifwesens und der Personalpolitik. Immer war es klar, daß die

Freiheit der Reichsbahn vom Parlament

größer werden müsse. Heute besteht nur der Gegensatz zwischen dem Generaldirektor, der nur dem Aufsichtsrat verantwortlich ist, und dem Reichsverkehrsminister, der vom Parlament abhängt. Diese scharfe Trennung wurde erst im Verfolg der Dames-Gesetze eingeführt. Nach den Bestimmungen des damals geschaffenen Reichsbahngesetzes hat die Reichsbahn-Gesellschaft das Recht, die Gehälter der oberen Beamten frei festzusetzen, ferner das Recht, bis zu 5 Prozent der Personalausgaben besondere Leistungszulagen zu gewähren. Die oberen Beamten erhalten nun besondere Zulagen über ihre Gehälter hinaus. Wenn auch die Beamten des Reiches niedrigere Bezüge erhalten, so erachte ich die heutige schlechte Bezahlung der Beamten für falsch. Die Leistungszulagen für die übrige Beamtenschaft sind ein Erfas für das, was man bei der Arbeiterschaft durch die Einführung des Akkordfahrens zu erreichen sucht! Gegen diese Zulagen hat sich die Reichsregierung gewandt. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob das Tarifaufsichtsrecht dazu benutzt werden darf, die Gesellschaft auf einem Gebiete einzuschränken, wo sie nach dem Gesetz doch freie Hand hat. Die einmalige Weihnachtzulage hat die Reichsbahn geben müssen, da die Reichsregierung damit vorangegangen war. Eine

Costlösung von der Gehaltsordnung des Reiches

ist heute dringend geboten. Es geht nicht an, daß das Reich die Gehälter der Reichsbahnbeamten festsetzt, es aber der Reichsbahn überläßt, durch Tarifierhöhung für Deduzung zu sorgen. Wenn das Reich so fortfährt, die Massenbezüge seiner Beamten zu erhöhen, kann die Reichsbahn ohne Tarifierhöhung nicht folgen. Des weiteren behandelte der Redner die Lohnstreitigkeiten mit der Arbeiterschaft und erklärte, warum die Reichsbahn den jetzt ergangenen Schiedsspruch nicht anerkenne. Die Mehrausgaben von 11 Millionen könne die Reichsbahn wohl aufbringen. Der Grund der Ablehnung sei vielmehr der, daß die Löhne der Reichsbahnarbeiter bereits höher als die Industrielöhne seien (12), und weil wiederum der Versuch gemacht werde, den Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu verringern. Zudem habe die Reichsbahn auf dem Standpunkt, daß die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Reichsbahn nicht anwendbar sei.“

Wir müssen schon sagen, daß diese Rede die stärkste Herausforderung sowohl der Reichsregierung wie den Eisenbahnen gegenüber dargestellt, die man sich bisher von der Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft geleistet hat. Schon

die Formulierung der Sätze, wonach z. B. für die Reichsbahn auf dem Gebiete des Tarifwesens und der Personalpolitik der Parlamentarismus eine Hauptgefahr bildet, daß die Freiheit der Reichsbahn vom Parlament eine größere werden müsse, daß der Generaldirektor nur dem Aufsichtsrat verantwortlich sei, der Reichsverkehrsminister aber vom Parlament abhängig, schon die Formulierung dieser Sätze bildet eine bewusste Brüstung des Reichstags und der Reichsregierung.

Eine Herausforderung ist es auch, wenn Herr Stieler erklärt, daß er die heutige schlechte Bezahlung der Beamten für falsch halte, und sich gleichzeitig dagegen wendet, daß das Reich die Massenbezüge seiner Beamten, d. h. die Bezüge der Massen der Beamten erhöhe. Für den Reparationsgewinner Stieler, dessen Bezüge nicht unerheblich höher sind als die des deutschen Reichstanzlers, sind

die Gehälter der oberen Beamten noch viel zu niedrig.

Dagegen findet er es unerhört, daß der Reichstag die Hungergehälter der unteren Beamten durch die Weihnachtzulage um eine Kleinigkeit aufgebessert hat.

Die Absicht der Brüstung tritt um so stärker hervor, als Herr Stieler da hinzusetzt, daß die Reichsbahn die 11 Millionen sehr wohl tragen könne, die sich aus dem letzten Schiedsspruch als Mehrausgaben ergeben. Derselbe Stieler, der unmittelbar vorher erklärte, daß die heutige schlechte Bezahlung der Beamten falsch sei, gibt als Grund der Ablehnung des verbindlichen Schiedsspruches an, daß die Löhne der Reichsbahnarbeiter bereits höher als die Industrielöhne seien, und weil wiederum der Versuch gemacht werde, den Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu verringern.

Damit ist ganz klar ausgesprochen, daß

die Rebellion gegen das Gesetz.

etwas anderes ist die Weigerung, den verbindlichen Schiedsspruch durchzuführen, nicht, ausgeht von den Industriellen, die im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft sitzen. Sie sind es, die die Rückwirkung der Lohnhöhung von 1 bis 2 Pfennig je Stunde befürchten; sie sind es, die die Löhne der Gelernten und Ungelernten systematisch auseinanderziehen wollen.

Wenn Herr Stieler zum Schluß sich gegen die „Konkurrenz“ wendet, die der Reichsbahn durch den Bau von Kanälen gemacht würde, so ist das eine Unverschämtheit ohne Gleichen. Genau so liegt es mit seiner Behauptung von der Konkurrenz der Kraftwagen. Die deutsche Reichsbahn ist heute so ziemlich die teuerste Eisenbahn der Welt, wenn wir von den Inflationsländern absehen, und zahlt zugleich die miserabelsten Löhne. Sie vernachlässigt, wie Herr Stieler zugibt, die Gleiserhaltung und Werkzeugbeschaffung, und zwar, wie wir hinzufügen, im Interesse der Privatindustrie. Die Wirtschaft der Reichsbahn ist, seit sie ihre „Freiheit gegenüber dem Parlament“ gemonnen hat, eine ungeheure. Die Reichsbahn ist heute eine öffentliche Gefahr. Es wird Zeit, die Reichsbahn unter Kuratel zu stellen.

Wozu die Krise benutzt wird.

Betriebsstilllegung oder Herabsetzung der Löhne.

Das Heer der Arbeitslosen und die mangelhafte Organisation der Arbeiter in den einzelnen Betrieben reizt einen Teil der Unternehmer, einen Lohnabbau anzutreiben. Bei allen Verhandlungen, die nach der Anmeldung auf Stilllegung des Betriebes stattfinden, wird darauf hingewiesen, daß die produzierte Ware zu „Weltmarktpreisen“ verkauft wird, die Produktion in heutiger Zeit „völlig unrentabel“ ist usw.

Die Arbeitgeber verlangen nun natürlich von der Arbeiterschaft Verständnis für die äußerst schwierige Lage der Unternehmer und genügende Einsicht, daß die heute geltenden, tariflich festgelegten Löhne nicht mehr gezahlt werden können, die Arbeiterschaft also bedeutend billiger arbeiten und die Arbeitszeit verlängert werden muß. In Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, als in einzelnen Industrien gute Gewinne erzielt wurden, hat man an die notleidende Arbeiterschaft nicht gedacht. „Im Interesse der anderen Industriegruppen“ konnten Lohnhöhungen nur in ganz bescheidenem Maße gewährt werden.

Wird nun durch lange Arbeitszeit und niedrige Löhne die Wirtschaftskrise beseitigt bzw. verkürzt? Gerade das Gegenteil dürfte der Fall sein. Zur Abwehr des Lohnabbaues ist natürlich eine gute gewerkschaftliche Organisation in den Betrieben notwendig.

Ein Beispiel, wie man mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit eine Herabsetzung der Löhne anstrebt, gibt uns die Spinnstofffabrik in Zehlendorf. Eine Anmeldung der Firma auf Stilllegung des Betriebes bewirkte eine unglaublich schnelle Verhandlung in dieser Angelegenheit, die man bei anderen Anlässen gar nicht gewohnt ist. Natürlich kann die Stilllegung verhindert werden, sagt die Fabrikleitung, wenn die Arbeiterinnen mit einem Lohnabbau von 8 1/2 Pf. pro Stunde einverstanden sind. Da der Verband der Fabrikarbeiter als Tarifkontrahent damit nicht

einverstanden war, appelliert man nun an das „soziale Verständnis“ der Arbeiterinnen des Betriebes.

Wir sind der Auffassung, daß das Vorgehen der Direktion der Spinnstofffabrik nur zum Zweck eines Lohnabbaues in Szene gesetzt ist. Der Arbeiterschaft des Wertes, soweit sie unorganisiert ist, kann nur geraten werden, sich schnellstens ihrer zünftigen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, anzuschließen.

Grundlose kommunistische Hoffnungen.

Unsere Veröffentlichung im gestrigen Abendblatt über den kommunistischen Schwindel mit den „spontanen Willenskundgebungen“, deren Ausdruck die von den Kommunisten aufgezogetenen „Einheitskomitees“ sein sollen, legt die „Rote Fahne“ so aus, als wollten wir mit der KPD, in eine Diskussion über die Zusammenlegung dieser Einheitskomitees eintreten.

Diese Auslegung ist natürlich eine phantastische. Wenn wir nicht das Aufmarschprogramm der KPD, einzeln diskutierten, so eben deshalb, weil es für uns überhaupt nicht diskutierbar ist. Im übrigen wird die notwendige Einigung der Arbeiterschaft nur auf dem Boden der Selbstbestimmung zustandekommen. In der KPD, hat aber niemand etwas zu bestimmen. Zu bestimmen hat allein Moskau. Wenn wir also diskutieren wollten, dann müßten wir uns an Moskau wenden. Dazu haben wir gar keine Veranlassung.

Gekündigte Straßencrainer.

Der Stadtkämmerer teilt mit: „Es ist mitgeteilt worden, daß der Bezirk Zehlendorf seinen Straßencrainerarbeitern gekündigt hat, weil er kein Geld mehr zu ihrer Bezahlung habe. Der Magistrat hat das Bezirksamt angewiesen, die Kündigungen sofort zurückzunehmen. Die Zustände bei der Zehlendorfer Straßencrainer werden durch die Hauptprüfstelle des Magistrats sofort nachgeprüft.“

Erwerbslosenruhen in Polen.

Am Dienstag kam es in Kalisz zu Unruhen. Erwerbslose kamen vor dem Rathaus zusammen und verlangten die Erhöhung der Arbeitslosenzulage auf das Doppelte. Als der Bürgermeister diese Forderung ablehnte, drangen die Erwerbslosen in das Rathaus ein, zerstörten alles und verprügelten den Bürgermeister. Nachdem die Polizei die Menge aus dem Rathausgebäude verdrängt hatte, kam es auf der Straße zu einer regelrechten Schlacht zwischen Schutzmannschaft und Demonstranten, die die Polizei überannt und nochmals in das Rathaus einbrachten. Zwei herbeigerufene Bataillone des 29. polnischen Infanterieregiments haben mit aufgepflanztem Bajonett die Menge verdrängt. Außer dem Bürgermeister wurden neun Arbeiter, drei Polizisten und drei Soldaten verletzt.

Am Mittwoch vormittag hielten die Erwerbslosen eine Versammlung im städtischen Lichtspieltheater ab, in der der Abgeordnete der unabhängigen Bauernpartei Holowacz sprechen sollte. Als der Redner sich auf der Rednertribüne zeigte, drang eine starke Abteilung der Schutzmannschaft in den Saal, um ihn zu räumen. Als sich die erregten Arbeiter mit Steinen und Flaschen zur Wehr setzten, machte die Polizei von ihren Revolvern Gebrauch, wobei fünf Demonstranten verletzt wurden. Herbeigerufene Infanterie stellte die Ordnung wieder her und besetzte im Anschluß daran den Hauptplatz und die benachbarten Straßenzüge. Die Geschäfte sind fast ohne Ausnahme geschlossen. In der vergangenen Nacht wurden von der Polizei unter den Teilnehmern an den gestrigen Straßentämpfen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Ein Arbeiter, der gestern verwundet wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten L.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Forderungen an die Reichsbank.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuh und der Finanzpolitische Ausschuh des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigten sich in ihrer gemeinsamen Sitzung am 10. Februar 1926 mit der Erörterung der Kreditmaßnahmen der Reichsbank.

Nach ausführlichen Darlegungen der Vertreter des Reichsbankdirektoriums, Vizepräsident Kauffmann und Reichsbankdirektor Hasse, und nach eingehender allgemeiner Besprechung faßten die Ausschüsse folgende Entschließung:

„Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuh des Reichswirtschaftsrates erklären zur Politik der Reichsbank:

1. Die Kontingentierungspolitik sollte endgültig aufgegeben und durch die Disziplinpolitik ersetzt werden.
2. Der Bombardenzinssatz sollte wieder, wie früher, auf 1 Proz. über Bankdiskont festgesetzt werden. Die Reichsbank sollte ihren Einfluß einsehen, um die hohe Spanne zwischen dem Bankdiskont und den Debitsinsen der privaten Banken herabzudrücken.
3. Die Reste der Devisenverordnung — Einheitskurse, Verbot des Devisenunterhandels gegen Reichsmark — sollten beseitigt werden.
4. Den Ausweisen der Reichsbank, die früher eines der wichtigsten Mittel zur Konjunkturbeurteilung waren, müßte durch größere Spezialisierung der Ausweise dieser Charakter wiedergegeben werden.“

Ergänzung des Hypothekenbankgesetzes. Im „Reichsgesetzblatt“ wird ein Ergänzungsgesetz zum Hypothekenbankgesetz veröffentlicht, wonach als ein für die Hypothekenbanken zulässiger Geschäftszweig die Aufnahme von Darlehen bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zwecks Gewährung von hypothekarischen Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten für diese Darlehen vorgesehen wird. Gleichzeitig wird bestimmt, daß diese von Hypothekenbanken bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ausgenommenen Darlehen in die Pfandbriefsumfangsgrenze der Hypothekenbanken einzurechnen sind.

Bedeutende Gewinne in der Gummiindustrie. Die deutsche Gummiindustrie wird durch die Krise bei ihrem Hauptabnehmer, der Autoindustrie, mit ihren Dividenden kaum in Verlegenheit kommen. Das zeigt der Abschluß der größten deutschen Gummiabrik, der Continental-Gummi- und Guttaperchacompagnie in Hannover. Ihr Aufsichtsrat hat auf das dividendenberechtigende Aktienkapital von 30 Millionen (dazu 10 Millionen Vorratsaktien) eine Dividende von 10 Proz. vorgeschlagen. Diese wird aber nur den Nettoertrag von 321 Millionen in Anspruch nehmen. Nachdem die üblichen Abschreibungen vorgenommen und die Lager und sonstigen Aktiwerte vorläufig bewertet wurden, blieb nämlich ein Rohgewinn von 7,67 Millionen, der als der eigentliche Reingewinn anzusehen ist. Dieser hätte eine Dividende von 25 Proz. erlaubt. Die schwierige Lage der Hauptabnehmer veranlaßt aber eine vorläufige Rückstellung von 4,58 Millionen für Effekten, Beteiligungen und Forderungen. Diese Rückstellung dürfte nicht nur über alle Verluste, sondern auch über die Schwierigkeiten leicht hinweghelfen, die die augenblickliche Krise auch für die Gummiindustrie bringen muß. So glatt wie bei der Continental-Gummi- und Guttaperchacompagnie wird die Lage allerdings nicht in allen Werken der Gummiindustrie sein. Denn mit ihrem weitgehend amerikanisierten Betrieb, ihren 12.500 Arbeitern und Angestellten, ihren 2 1/2 Duzend Niederlassungen im Inland und Ausland und ihren engen Beziehungen zur überseeischen Gummiproduktion und zum Gummiimporthandel nimmt die Hannoverische Gesellschaft eine Sonderstellung ein.

Verantwortlich für Politik: Groß Redner: Wirtschaft: Ernst Seltenrast
Gewerkschaftsbewegung: J. Stelner; Realitäten: Dr. John Schillowsky; Soziales und Sentiment: Frau Karstadt; Anzeigen: Ed. Glaser; sämtlich in Berlin.
Berliner: Bertram-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Deut. Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Radio-
apparat mit Detektor,
Kopfhörern und
Montagematerial,
zusammen nur 12 M.
Radio-Vertrieb
Lützowstr. 12, Telefon 11

Radio-
bedarf
Alexanderplatz

Strickwesten
v. 3,75 M. an
Kleinstauswahl
steuend billig
Fahrtvergrößerung
Spezial-
Strickwestenhaus,
Alte Jakobsstr. 54-55

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Kleinstauswahl in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten für Puppenstuben — Linoleum u. Fußmatten
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Stock, kein Laden
(Kleinstauswahl, haben Konkurrenz gleich billig.)
Vorgefertigt erhält 5%, Rabatt.

Elektr.
Staubsauger
bei monatlicher Teilzahlung
von Mark 10. —
Die besten Fabrikate
Verkaufspreis 120 M.
1 Jahr Garantie.
Vollführung u. Vertrieb erlosuch kostenlos.
Sherlock-Besellschaft m. b. H.
(Abteilung Staubsauger)
Alexanderstraße 37a
Königsplatz 96/97, 98/99.

Mieten Sie von uns
Wäscherollen,
Waschmaschinen,
diese sind in 6 Monaten Ihr Eigentum
Auf Wunsch Sander-Prospekt
P. Raddatz & Co.
Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123

Stein der Weisen
Die ideale Nagelpflege
überall erhältlich
KOPP & JOSEPH
BERLIN W.

URANIA
Monatshefte für
Naturerkenntnis und
Gesellschaftslehre
Gratis Prospekte durch 4 Annahmestellen
und die Buchhandlung des Vorwärts
sowie durch die Buchhandlung
J. H. W. Dietz Nachf.
Lindenstr. 2 Laden.

Marken-Zigaretten
kaufen Sie am billigsten
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32. 1. o. pp.
Versand nach auswärts franco.

Frühling
Kleider, Kleiderstoffe
die billige Zugabequalität für
Leinwand
Wäschstoffe jeder Art

Bähr-Stiefel
(früher Bärenstiefel)
halbbarster
Qualitätsstiefel
für
Strasse und Sport
nur bei
H. Bähr, Spittelmarkt 1